

## 1 **Für Haltung, Solidarität und Gestaltungswillen in der Geflüchtetenpolitik**

2

3 In der vergangenen Woche beschlossen die Regierungen der Mitgliedstaaten der  
4 Europäischen Union Eckpunkte für eine Reform des Gemeinsamen Europäischen  
5 Asylsystems (GEAS). Dem Beschluss geht ein jahrelanger Streit über den Umgang mit  
6 Fluchtmigration und die Entsolidarisierung rechtskonservativer Regierungen in Europa  
7 voraus. Die Reformvorschläge bilden Grundzüge für ein Regelwerk ab, das künftig in allen  
8 Mitgliedstaaten gleichermaßen gelten wird.

9

10 Zurecht macht sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands Entscheidungen über das  
11 Asylrecht nicht leicht. In den 160 Jahren unseres Bestehens wurden viele unserer Mitglieder  
12 verfolgt, insbesondere im Nationalsozialismus. Aus unseren Reihen wurde mit Willy Brandt  
13 ein Geflüchteter Bundeskanzler. Die Verteidigung des Asylrechts gehört zu den historischen  
14 Aufträgen der SPD. Diesem Erbe sind wir verpflichtet.

15

16 Wir haben dabei immer eine besondere Aufmerksamkeit für Asylsuchende und besonders  
17 schutzbedürftige Flüchtlinge. Hier sind wir besonders den NGO's und Kirchen für ihr  
18 Engagement dankbar.

19

## 20 **Die Lage in Europa ist nicht akzeptabel**

21 Deutschland kommt seinen humanitären Verpflichtungen nach. Immer weniger  
22 Mitgliedsstaaten in der Europäischen Union haben zuletzt hingegen ihre Verantwortung für  
23 die Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten tragen wollen. Manche  
24 stellen sogar das individuelle Asylrecht offen in Frage. Weil nicht alle Mitgliedstaaten  
25 gleichermaßen solidarisch an einem Strang ziehen, sind die Schultern einzelner Staaten  
26 zunehmend belastet. So resultieren aus EU-weiter politischer Uneinigkeit seit Jahren lokale  
27 Gerechtigkeitskonflikte. Einige Regierungen betreiben sogar seit Jahren nationalistische  
28 Stimmungsmache auf dem Rücken der Schutzsuchenden.

29 Hinzu kommt, dass die EU-Grenzstaaten nach dem Ausbleiben solidarischer  
30 Verteilungsmechanismen in den letzten Jahren immer stärker mit einer Politik der  
31 Abschottung und Abschreckung reagierten. Auch führen einige von ihnen seit geraumer Zeit  
32 kaum noch Registrierungen der ankommenden Schutzsuchenden durch und lassen die  
33 Menschen einfach weiterziehen. Die schrecklichen Zustände von manchen  
34 Flüchtlingslagern an den Außengrenzen, illegale Pushbacks und  
35 Menschenrechtsverletzungen innerhalb der Europäischen Union sind Teil des Status Quo.

36 Aus humanitären Gründen ist diese europäische Realität untragbar, für die europäische  
37 Wertegemeinschaft ist sie beschämend.

38

## 39 **Der GEAS-Kompromiss ist besser als der Status Quo**

40 Vor diesem Hintergrund stellte die Einigung unter den in Europa bestehenden politischen  
41 Mehrheitsverhältnissen die für den Moment beste, noch zwischen den Regierungen  
42 realisierbare Alternative zum Status Quo dar. Die Einigung gewährleistet unter der Maßgabe  
43 des effektiven Rechtsschutzes und dem Beibehalt der aufschiebenden Wirkung von  
44 Rechtsmitteln, dass das Asylrecht als individuell einklagbares Schutzrecht unangetastet  
45 bleibt. Dem hätte sich die Regierung des größten europäischen Mitgliedstaates nicht  
46 gemeinsam mit rechtskonservativen Regierungen in Ungarn und Polen verschließen  
47 können.

48

49 In der Frage der Verteilung und Finanzierung wird ein verbindlicher und verpflichtender  
50 Solidaritätsmechanismus eingeführt. Der Kompromiss wird nationale Spielräume  
51 einschränken, die noch viel zu oft zum Nachteil der Schutzsuchenden genutzt und teils auch  
52 bewusst als Mittel zur Abschreckung eingesetzt werden. Innerhalb der EU werden künftig

53 gemeinsame Mindeststandards für die Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von  
54 Schutzsuchenden gelten. Asylsuchende werden künftig in der gesamten EU unter den  
55 gleichen Bedingungen internationalen Schutz beantragen können.

56  
57 In wenigen Fällen wird es künftig bereits an den europäischen Außengrenzen Prüfverfahren  
58 zu den Schutzgesuchen geben. Die Verfahren an den Außengrenzen bleiben für uns immer  
59 nur eine Ausnahme für wenige Menschen ohne Bleibeperspektive. Sie gelten für ein kleines  
60 Kontingent und unter der Voraussetzung, dass von den Geflüchteten eine Gefahr für die  
61 öffentliche Sicherheit ausgeht oder sie aus Ländern mit einer niedrigen Anerkennungsquote  
62 kommen. Die deutsche Bundesregierung und ihre Verhandlungsführerin Nancy Faeser  
63 haben erreichen können, dass diese Grenzverfahren nicht für unbegleitete Minderjährige  
64 gelten werden. Hausten Menschen bislang teils jahrelang unter schlechten Bedingungen in  
65 Lagern, wird der Aufenthalt in den Einrichtungen für Grenzverfahren künftig unter besseren  
66 Standards auf 12 Wochen beschränkt sein.

67  
68 Eine Reform der Dublin-Regeln soll Verfahren deutlich beschleunigen und das  
69 unkontrollierte Weiterziehen in andere EU-Staaten reduzieren. Für uns ist  
70 selbstverständlich, dass künftig nur die Europäische Union die Möglichkeit zur Überstellung  
71 in sogenannte sichere Drittstaaten auf Grundlage menschenrechtlicher Standards definieren  
72 wird. Die Einstufung sicherer Drittstaaten muss gesamteuropäisch für alle Mitgliedstaaten  
73 durch das Europäische Parlament und den Rat erfolgen. Es ist dabei auch dem Druck der  
74 Bundesrepublik zuzurechnen, dass das Konzept des sicheren Drittstaates nur angewendet  
75 werden kann, wenn eine Verbindung zwischen dem Antragsteller und dem betreffenden  
76 Drittstaat besteht. Nur, wenn sie in dem Drittstaat etwa familiäre Bindungen oder berufliche  
77 Voraufenthalte haben, darf die Zuständigkeit abgegeben werden. Ein reiner Transit auf dem  
78 Fluchtweg reicht nicht aus.

79  
80 **Im weiteren Verfahren setzen wir uns für humanitäre und rechtsstaatliche Standards**  
81 **ein**

82 Im weiteren europäischen Gesetzgebungsprozess unterstützen wir Innenministerin Faeser,  
83 die deutsche Bundesregierung und die Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen  
84 Parlament, humanitäre und rechtsstaatliche Standards für die Grenzverfahren zu  
85 präzisieren. Dazu gehören beispielsweise Ausnahmen für sämtliche Minderjährige (auch  
86 begleitete Minderjährige und Familien mit Kindern) sowie vulnerable Gruppen wie queere  
87 und behinderte Schutzsuchende und Zugang von und zu Rechtsanwält:innen, NGOs und  
88 Parlamentarier:innen. Geschlossene Lager und haftähnliche Bedingungen lehnen wir ab.  
89 Das neue Verfahren muss die Lage für die Menschen in den Einrichtungen in den  
90 Außengrenzstaaten effektiv verbessern. Das ist der Maßstab für unsere Akzeptanz der  
91 neuen Praxis. Deshalb kommt es entscheidend auf die Einhaltung und Überwachung der  
92 neuen Regeln an.

93  
94 Wir erwarten, dass die EU-Kommission zusammen mit den Mitgliedsstaaten und den EU-  
95 Agenturen verbindliche Pläne für die Umsetzung der Verfahren vorlegt. Auch muss deren  
96 rechtsstaatliche Umsetzung eng überwacht und im Rahmen eines öffentlichen Monitoring-  
97 Verfahrens permanent beobachtet und ggf. auch parlamentarisch kontrolliert werden. Wir  
98 sprechen uns für Sanktionen gegen Mitgliedstaaten aus, die gegen Menschenrechte und  
99 das Asylrecht, bspw. durch Pushbacks, verstoßen. Wenn die Europäische Union  
100 gemeinsam ein funktionierendes, solidarisches und humanitäres Asylsystem schafft, dann  
101 gibt Europa eine starke Antwort auf eine der größten humanitären Herausforderungen  
102 unserer Zeit.

103  
104 Zudem fordern wir bei der Gewährleistung des Außengrenzschatzes der EU die Einhaltung  
105 aller humanitären und rechtsstaatlichen Vorschriften. Seit Jahren steht hier die  
106 Grenzschutzagentur Frontex begründet in der Kritik. Wir stellen klar: Pushbacks sind eine

107 eklatante Verletzung des Völkerrechts. Ein Tolerieren durch oder gar eine Beteiligung von  
108 Behörden der Mitgliedsstaaten oder von Frontex darf es nicht geben. Damit die EU-  
109 Außengrenzen rechtsstaatlich und sicher sind, braucht es weiterhin eine umfassende  
110 Prüfung der systematischen und strukturellen Probleme der größten EU-Agentur.  
111

112 Spätestens mit GEAS darf sich die Europäische Union einer Regelung über die  
113 Seenotrettung nicht mehr verschließen. Allein in dieser Woche sind über 600 Menschen bei  
114 der Flucht über das Mittelmeer ertrunken. Es müssen sichere Fluchtrouten geschaffen  
115 werden, um das Sterben zu beenden. Zivile Seenotrettung darf daher nicht kriminalisiert  
116 werden und wird weiter von uns unterstützt. Es ist unsere humanitäre Verantwortung und  
117 völkerrechtliche Pflicht.

118 Wir sehen das Kirchenasyl als Bestandteil eines menschenwürdigen und rechtsstaatlichen  
119 Verfahren und setzen uns daher dafür ein, dass die Rücküberstellungspflicht bisherige  
120 Fristen begrenzt wird.

121 Jenseits der GEAS-Beschlüsse erwarten wir, dass EU-Mitgliedsstaaten ihrer Verantwortung  
122 für die Aufnahme von Menschen in Not nicht nur durch Geldleistungen gerecht werden. Wir  
123 machen uns für die Präzisierung europaweiter Standards bei der Unterbringung von  
124 geflüchteten Menschen stark. Dies beinhaltet die unabhängige Verfahrensberatung, Zugang  
125 zu einer medizinischen Versorgung, genauso wie besondere Schutzkonzepte für Frauen  
126 und Kinder und vulnerable Gruppen wie queere und Behinderte Schutzsuchenden. Diese  
127 Schutzkonzepte müssen gewährleisten, dass auch Menschen, die aufgrund ihrer sexuellen  
128 Identität verfolgt werden, besonders geschützt sind.

129

130 **Auch das Land Hessen muss Verantwortung übernehmen: Von der CDU in Hessen**  
131 **wird das Thema nur instrumentalisiert**

132 Die Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Menschen, die vor Krieg, Folter, Not und  
133 Gewalt flüchten müssen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Alle staatlichen Ebenen  
134 müssen solidarisch ihren Teil beitragen. Das Land ist Teil des Staates. Und der Staat ist hier  
135 in der Verantwortung, dass Geflüchtete in unserem Land eine menschenwürdige  
136 Unterbringung und eine faire Chance auf Integration haben. Den allergrößten Teil dieser  
137 Aufgabe bewältigen die Landkreise, Städte und Gemeinden, wo haupt- und ehrenamtliche  
138 Mitarbeiter:innen das Menschenmögliche tun. Sie gilt es zu unterstützen.

139

140 Die Hessische Landesregierung aus CDU und Grünen zwingt den Kommunen eine Situation  
141 auf, in der um Geld gefeilscht wird. In der Folge werden Menschen in den Kommunen  
142 gegeneinander ausgespielt, die öffentliche Unterstützung am dringendsten benötigen. Von  
143 den 262 Mio. Euro, die der Bund für die Unterbringung und Versorgung geflüchteter  
144 Menschen zur Verfügung gestellt hat, wurden 2022 nur 186 Mio. an die hessischen  
145 Kommunen weitergeführt. Das Verhalten der hessischen Landesregierung ist mitursächlich  
146 für die schwierige Lage in manchen Kommunen. CDU Landräte tun das Übrige und stiften  
147 mit Zeltstädten Unmut und Unfrieden. Es gibt dazu immer eine Alternative.

148

149 Die hessische SPD setzt sich für eine wirksame Unterstützung der Kommunen ein. Dafür  
150 braucht es eine den gestiegenen Personal- und Energiekosten angepasste Erhöhung der  
151 Pauschalzahlungen für Unterbringung und Betreuung, eine langfristige Finanzierung für die  
152 Gemeinschaftsunterkünfte durch Freihaltepauschalen sowie die Bereitstellung von  
153 Landesimmobilien. Die Landesaufnahmekapazitäten wollen wir nach Regierungsübernahme  
154 erhöhen und die freien Kapazitäten in den Erstaufnahmeeinrichtungen besser auslasten.  
155 Sie sind Zeltstädten immer vorzuziehen. Eine kommunalfreundliche Politik muss früh  
156 ansetzen und beginnt schon bei einer soliden Grundlagenfinanzierung. Kommunale  
157 Ausländerbehörden müssen entlastet und besser aufgestellt werden. Vor allem müssen  
158 diese Fragen landesweit koordiniert werden. Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich

159 dieser Verantwortung anders als CDU und Grüne stellen.

160

### 161 **Fluchtursachen bekämpfen, nicht Geflüchtete**

162 GEAS wird die Fluchtmigration ordnen. Menschen fliehen, weil ihre Heimat von Krieg,  
163 Umweltkatastrophen und wirtschaftlichem Elend bedroht ist. Im Sinne der Menschlichkeit gilt  
164 es die Ursachen der Flucht zu bekämpfen, nicht diejenigen, die fliehen. Es gilt der Satz  
165 unserer Landesvorsitzenden Nancy Faeser: Solange es keine Obergrenze für menschliches  
166 Leid gibt, darf es keine Obergrenze für Menschlichkeit geben.

167

168 Deswegen setzen wir uns weltweit für nachhaltige Entwicklung, den Kampf gegen Hunger  
169 und Armut, Klimagerechtigkeit, Biodiversität und für eine sozial-ökologische Wende ein.  
170 Ernährungsunsicherheit, fehlender Zugang zu sauberem Trinkwasser oder zu medizinischer  
171 Versorgung werden insbesondere im globalen Süden künftig immer mehr Lebensräume von  
172 Menschen bedrohen. Unser ziviles Engagement in der Welt müssen wir verstärken und  
173 sicherstellen, dass Deutschland seine internationalen Verpflichtungen im Bereich der  
174 Entwicklungszusammenarbeit und der internationalen Klimafinanzierung erfüllt.

175

176 Wir werden die Ampelkoalition im Bund dabei unterstützen, die Ausgaben für die  
177 internationale Klimafinanzierung, zivile Krisenprävention, humanitäre Hilfe und  
178 Entwicklungszusammenarbeit angemessen zu erhöhen. Wir machen uns für eine  
179 nachhaltige Handels-, Technologie- und Agrarpolitik stark, die lokalen Märkten und  
180 Wertschöpfungsketten Entwicklungschancen gibt. Gemeinsam mit Gewerkschaften,  
181 Unternehmen und Zivilgesellschaft setzen wir uns für faire Arbeitsbedingungen sowie  
182 existenzsichernde Löhne weltweit ein. Faire Handelsabkommen und das deutsche  
183 Lieferkettengesetz stehen dafür beispielhaft. Durch den Aufbau sozialer Sicherungssysteme  
184 wollen wir unsere Partnerländer aktiv im Kampf gegen Armut unterstützen. Wer  
185 Fluchtursachen bekämpfen will, muss sich für menschenwürdige Lebensbedingungen in der  
186 Welt einsetzen.

187

### 188 **Die SPD steht für eine offene Gesellschaft und funktionierende Integration**

189 Auch losgelöst von humanitären Verpflichtungen stehen wir zum Leitbild einer offenen  
190 Gesellschaft. Und wir wissen angesichts eines dramatischen Mangels, dass nicht  
191 Zuwanderung, sondern der Mangel an Fach- und Arbeitskräften unsere Zukunft bedroht.  
192 Unter der Führung der SPD arbeitet die deutsche Bundesregierung für die größte  
193 Modernisierung in der Zuwanderungspolitik seit Gründung der Bundesrepublik.

194

195 Wir werden mit dem Chancenaufenthaltsgesetz und dem so genannten Spurwechsel  
196 Perspektiven für etwa 100.000 Geduldete in ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht schaffen. Mit  
197 dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz werden wir die Arbeitsmigration für Fachkräfte,  
198 Berufserfahrene und Menschen mit hohen Integrationspotenzialen verbessern. Gleichwohl  
199 ist das Zuwanderungsrecht im Rechtsstaat immer an Voraussetzungen und Bedingungen  
200 geknüpft. Diese zu überprüfen und mit Blick auf Menschen ohne Bleiberecht durchzusetzen  
201 ist im Rahmen humanitärer und rechtsstaatlicher Standards auch Teil sozialdemokratischer  
202 Politik.

203

204 Für diejenigen mit einer dauerhaften Bleibeperspektive müssen wir dafür sorgen, dass sie in  
205 dieser Gesellschaft ankommen können. Hierzu braucht es bessere Zugänge zu Sprache,  
206 Bildung und Arbeit. Schließlich wird die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts gut  
207 integrierten Mitbürgerinnen und Mitbürgern einen fairen und erleichterten Zugang zu allen  
208 staatsbürgerrechtlichen Rechten und Pflichten bieten.

209

Initiativantrag 01 des Landesvorstands, Für Haltung, Solidarität und Gestaltungswillen in der  
Geflüchtetenpolitik

- 210 Das unterstreicht einen überfälligen Paradigmenwechsel hin zu einer modernen
- 211 Einwanderungsgesellschaft. Dieser kann und sollte für unsere europäische
- 212 Staatengemeinschaft Vorbild sein.